

Freie-Preitun.

Dreiwöchentliches Jahrgang.

Anzeigen

Werden die Spaltenzahl oder dem Raum mit 20 Fl. ...

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei ...

[Schriftschröberbindung Nr. 176.]

Nr. 291.

Halle a. d. Saale, Sonnabend den 24. Juni

1899.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

Berlin, 23. Juni. Die Kaiserliche Neu-Nacht „Meteor“ mit dem Kaiser an Bord ...

Prinz Ruprecht von Bayern traf heute nachmittag in Kiel ein und begab sich sofort auf die Yacht „Hohenzollern“ zur Begleitung des Kaisers.

Der Herzog von Sachsen ist heute nachmittag von Dresden nach Berlin abgereist. Am Abend ...

König Albert von Sachsen ist heute nachmittag von Dresden nach Berlin abgereist. Am Abend ...

Nach der Londoner „Daily Mail“ wurde nunmehr endgültig beschlossen, daß der junge Herzog Karl Edward von Albanien ...

Der Vizepräsident des Staatsministeriums, Dr. v. Miquel, hat auf Sonntag, den 25. Juni, Einladungen zu einer parlamentarischen Abendgesellschaft ergehen lassen.

Auf das gestern von dem heutigem Oberbürgermeister Dr. Breda an den Kaiser Wilhelm gesandte Telegramm ging folgender telegraphische Dank ein:

Se. Majestät der Kaiser und Königin haben Allerhöchste sich über die Widmung von dem Reichstag ...

Zur Allerhöchsten Befehl v. Lucasius, Geheimen Kabinetsrath.

Graf v. Bülow.

Die Verleihung des Grafentitels an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Bülow, erscheint in ihrem zeitlichen Zusammenhang als eine unmittelbare Anerkennung für die glückliche Durchführung der mit Spanien abgeschlossenen Verträge.

Die Verleihung des Grafentitels an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Bülow, erscheint in ihrem zeitlichen Zusammenhang als eine unmittelbare Anerkennung für die glückliche Durchführung der mit Spanien abgeschlossenen Verträge.

Die Verleihung des Grafentitels an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Bülow, erscheint in ihrem zeitlichen Zusammenhang als eine unmittelbare Anerkennung für die glückliche Durchführung der mit Spanien abgeschlossenen Verträge.

Die Verleihung des Grafentitels an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Bülow, erscheint in ihrem zeitlichen Zusammenhang als eine unmittelbare Anerkennung für die glückliche Durchführung der mit Spanien abgeschlossenen Verträge.

Die Verleihung des Grafentitels an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Bülow, erscheint in ihrem zeitlichen Zusammenhang als eine unmittelbare Anerkennung für die glückliche Durchführung der mit Spanien abgeschlossenen Verträge.

Die Verleihung des Grafentitels an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Bülow, erscheint in ihrem zeitlichen Zusammenhang als eine unmittelbare Anerkennung für die glückliche Durchführung der mit Spanien abgeschlossenen Verträge.

Die Verleihung des Grafentitels an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Bülow, erscheint in ihrem zeitlichen Zusammenhang als eine unmittelbare Anerkennung für die glückliche Durchführung der mit Spanien abgeschlossenen Verträge.

Die Verleihung des Grafentitels an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Bülow, erscheint in ihrem zeitlichen Zusammenhang als eine unmittelbare Anerkennung für die glückliche Durchführung der mit Spanien abgeschlossenen Verträge.

Die Verleihung des Grafentitels an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Bülow, erscheint in ihrem zeitlichen Zusammenhang als eine unmittelbare Anerkennung für die glückliche Durchführung der mit Spanien abgeschlossenen Verträge.

Die Verleihung des Grafentitels an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Bülow, erscheint in ihrem zeitlichen Zusammenhang als eine unmittelbare Anerkennung für die glückliche Durchführung der mit Spanien abgeschlossenen Verträge.

Die Verleihung des Grafentitels an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Bülow, erscheint in ihrem zeitlichen Zusammenhang als eine unmittelbare Anerkennung für die glückliche Durchführung der mit Spanien abgeschlossenen Verträge.

Die Verleihung des Grafentitels an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Bülow, erscheint in ihrem zeitlichen Zusammenhang als eine unmittelbare Anerkennung für die glückliche Durchführung der mit Spanien abgeschlossenen Verträge.

Kaiser auf dem Festmahle zur Einweihung des Teltower Kreishauses die Auszeichnung damit, daß der Abkömmling der Handelsverträge für alle Mit- und Nachwelt als ein der bedeutendsten geschichtlichen Ereignisse ...

Nach der „Staatsbürgerzeitung“ wird in diplomatischen Kreisen die dem Grafen v. Bülow ...

Die Kanalverträge in der Kommission.

Ueber die Kompensationen, die in verschiedenen Landesstellen, meistens unter Führung der Generäle des Rhein-Elsasskanals, ausgerechnet worden sind, hat gestern die Kanal-Kommission vormittags und nachmittags beraten.

Die Kompensationen, die in verschiedenen Landesstellen, meistens unter Führung der Generäle des Rhein-Elsasskanals, ausgerechnet worden sind, hat gestern die Kanal-Kommission vormittags und nachmittags beraten.

Die Kompensationen, die in verschiedenen Landesstellen, meistens unter Führung der Generäle des Rhein-Elsasskanals, ausgerechnet worden sind, hat gestern die Kanal-Kommission vormittags und nachmittags beraten.

Die Kompensationen, die in verschiedenen Landesstellen, meistens unter Führung der Generäle des Rhein-Elsasskanals, ausgerechnet worden sind, hat gestern die Kanal-Kommission vormittags und nachmittags beraten.

Die Kompensationen, die in verschiedenen Landesstellen, meistens unter Führung der Generäle des Rhein-Elsasskanals, ausgerechnet worden sind, hat gestern die Kanal-Kommission vormittags und nachmittags beraten.

Die Kompensationen, die in verschiedenen Landesstellen, meistens unter Führung der Generäle des Rhein-Elsasskanals, ausgerechnet worden sind, hat gestern die Kanal-Kommission vormittags und nachmittags beraten.

Die Kompensationen, die in verschiedenen Landesstellen, meistens unter Führung der Generäle des Rhein-Elsasskanals, ausgerechnet worden sind, hat gestern die Kanal-Kommission vormittags und nachmittags beraten.

Die Kompensationen, die in verschiedenen Landesstellen, meistens unter Führung der Generäle des Rhein-Elsasskanals, ausgerechnet worden sind, hat gestern die Kanal-Kommission vormittags und nachmittags beraten.

Die Kompensationen, die in verschiedenen Landesstellen, meistens unter Führung der Generäle des Rhein-Elsasskanals, ausgerechnet worden sind, hat gestern die Kanal-Kommission vormittags und nachmittags beraten.

Die Kompensationen, die in verschiedenen Landesstellen, meistens unter Führung der Generäle des Rhein-Elsasskanals, ausgerechnet worden sind, hat gestern die Kanal-Kommission vormittags und nachmittags beraten.

Die Kompensationen, die in verschiedenen Landesstellen, meistens unter Führung der Generäle des Rhein-Elsasskanals, ausgerechnet worden sind, hat gestern die Kanal-Kommission vormittags und nachmittags beraten.

Die Kompensationen, die in verschiedenen Landesstellen, meistens unter Führung der Generäle des Rhein-Elsasskanals, ausgerechnet worden sind, hat gestern die Kanal-Kommission vormittags und nachmittags beraten.

Die Kompensationen, die in verschiedenen Landesstellen, meistens unter Führung der Generäle des Rhein-Elsasskanals, ausgerechnet worden sind, hat gestern die Kanal-Kommission vormittags und nachmittags beraten.

Die Kompensationen, die in verschiedenen Landesstellen, meistens unter Führung der Generäle des Rhein-Elsasskanals, ausgerechnet worden sind, hat gestern die Kanal-Kommission vormittags und nachmittags beraten.

Die Kompensationen, die in verschiedenen Landesstellen, meistens unter Führung der Generäle des Rhein-Elsasskanals, ausgerechnet worden sind, hat gestern die Kanal-Kommission vormittags und nachmittags beraten.

Die Kompensationen, die in verschiedenen Landesstellen, meistens unter Führung der Generäle des Rhein-Elsasskanals, ausgerechnet worden sind, hat gestern die Kanal-Kommission vormittags und nachmittags beraten.

Die Kompensationen, die in verschiedenen Landesstellen, meistens unter Führung der Generäle des Rhein-Elsasskanals, ausgerechnet worden sind, hat gestern die Kanal-Kommission vormittags und nachmittags beraten.

Die Kompensationen, die in verschiedenen Landesstellen, meistens unter Führung der Generäle des Rhein-Elsasskanals, ausgerechnet worden sind, hat gestern die Kanal-Kommission vormittags und nachmittags beraten.

Die Kompensationen, die in verschiedenen Landesstellen, meistens unter Führung der Generäle des Rhein-Elsasskanals, ausgerechnet worden sind, hat gestern die Kanal-Kommission vormittags und nachmittags beraten.

die der Landwirtschaft durch Beunruhigung von Flüssen und Bächen in den Industriebezirken ...

Außerdem beantragt Abg. Wallenborn, die königliche Staatsregierung möge der Kommission genauere Aufschlüsse geben ...

Abg. Letocha (C.) beantragt ferner, dem § 1 folgende Sätze anzufügen:

„Wesens der Gleichstellung der Interessen der Industrie und Landwirtschaft der städtischen Landesherrschaft ...

An Stelle des Abg. Raute ist Abg. Dr. Lieber in der Kommission eingetreten. Abg. Dr. am Beinhof (C.) ...

Zunächst wird wieder in eine Generaldiskussion eingetreten. Abg. Dr. am Beinhof (C.) ...

Abg. v. Jäger (fr.) beantragt folgende Resolution:

Die königliche Staatsregierung zu erlösen, rechtsseitige Forderungen zu treffen gegen die aus dem Bau des Rhein-Elsasskanals für die Provinz ...

Die königliche Staatsregierung zu erlösen, rechtsseitige Forderungen zu treffen gegen die aus dem Bau des Rhein-Elsasskanals für die Provinz ...

Die königliche Staatsregierung zu erlösen, rechtsseitige Forderungen zu treffen gegen die aus dem Bau des Rhein-Elsasskanals für die Provinz ...

Die königliche Staatsregierung zu erlösen, rechtsseitige Forderungen zu treffen gegen die aus dem Bau des Rhein-Elsasskanals für die Provinz ...

Die königliche Staatsregierung zu erlösen, rechtsseitige Forderungen zu treffen gegen die aus dem Bau des Rhein-Elsasskanals für die Provinz ...

Die königliche Staatsregierung zu erlösen, rechtsseitige Forderungen zu treffen gegen die aus dem Bau des Rhein-Elsasskanals für die Provinz ...

Die königliche Staatsregierung zu erlösen, rechtsseitige Forderungen zu treffen gegen die aus dem Bau des Rhein-Elsasskanals für die Provinz ...

Die königliche Staatsregierung zu erlösen, rechtsseitige Forderungen zu treffen gegen die aus dem Bau des Rhein-Elsasskanals für die Provinz ...

Die königliche Staatsregierung zu erlösen, rechtsseitige Forderungen zu treffen gegen die aus dem Bau des Rhein-Elsasskanals für die Provinz ...

Die königliche Staatsregierung zu erlösen, rechtsseitige Forderungen zu treffen gegen die aus dem Bau des Rhein-Elsasskanals für die Provinz ...

Die königliche Staatsregierung zu erlösen, rechtsseitige Forderungen zu treffen gegen die aus dem Bau des Rhein-Elsasskanals für die Provinz ...

Die königliche Staatsregierung zu erlösen, rechtsseitige Forderungen zu treffen gegen die aus dem Bau des Rhein-Elsasskanals für die Provinz ...

Die königliche Staatsregierung zu erlösen, rechtsseitige Forderungen zu treffen gegen die aus dem Bau des Rhein-Elsasskanals für die Provinz ...

Die königliche Staatsregierung zu erlösen, rechtsseitige Forderungen zu treffen gegen die aus dem Bau des Rhein-Elsasskanals für die Provinz ...

Die königliche Staatsregierung zu erlösen, rechtsseitige Forderungen zu treffen gegen die aus dem Bau des Rhein-Elsasskanals für die Provinz ...

Die königliche Staatsregierung zu erlösen, rechtsseitige Forderungen zu treffen gegen die aus dem Bau des Rhein-Elsasskanals für die Provinz ...

Die königliche Staatsregierung zu erlösen, rechtsseitige Forderungen zu treffen gegen die aus dem Bau des Rhein-Elsasskanals für die Provinz ...

Die königliche Staatsregierung zu erlösen, rechtsseitige Forderungen zu treffen gegen die aus dem Bau des Rhein-Elsasskanals für die Provinz ...

Die königliche Staatsregierung zu erlösen, rechtsseitige Forderungen zu treffen gegen die aus dem Bau des Rhein-Elsasskanals für die Provinz ...

Diese vorbehaltlich näher festzulegender stütziger Bedingungen zu erwidern."

Ministerdirektor Müllhausen verbreitete sich im Anschluß an die Resolution Votcha über die oberirdischen Wasserwerkstätten und hielt die Ausführung der gestellten Forderungen für unmöglich.

Minister v. Miquel: Es liegen verschiedene Forderungen vor aus solchen Gebieten, die von dem Kanal gar nicht getroffen werden, und von solchen Abgeordneten, die entschlossen sind, gegen den Kanal zu stimmen, selbst wenn ihre Forderungen erfüllt werden. Diese Forderungen werden nebenbei hienusgeworfen, ohne daß die Ausführbarkeit festgestellt oder die finanzielle Tragweite festgestellt ist. Gerade jene Abgeordneten, welche die finanziellen Bedenken in den Vordergrund stellen, können es nicht verantworten, hier Verbindungen ins Blaue zu machen, ohne zu wissen, woher das Geld genommen werden soll. Ein solches Verfahren ist völlig unmöglich. Auch bei Eisenbahnbauten ist niemals so verfahren worden. Nur das recht vorgerichtliche Verfahren kann sich die Regierung erlauben, wenn es einfallen will. Es ist auch klar, daß eine Verzögerung des Kanalbaues auf unvorstellbare Zeit herbeigeführt werden würde, wenn man den Forderungen nachgibt. Es handelt sich nicht um die Ausführung eines neuen Bahnenprojektes, sondern um die Ausführung des Gesetzes von 1886. Erinnert man sich, daß der Kanal neben für diesen Landestheil auch große Vorteile gegenüber. Von dem allgemeinen Grundgedanken bezüglich der Konventionen kann die Regierung für Schließen eine Ausnahme machen, weil Ausnahmefälle vorliegen. Es handelt sich hier um zwei große Gebiete, die unter dem Namen der Industriegebiete, deren Abfluß der Schlußpunkt sein hat. Hier ist es notwendig, einen Ausgleich herbeizuführen. Die Angelegenheit an Schließen werden oder nicht Stimmen zu lassen. Dazu würde die Regierung nicht die Hand bieten. Die Finanzminister der drei Länder in allen Angelegenheiten. Möglich ist es, die schließlichen Forderungen in drei Gruppen aufzuteilen und die ganze Sache in der Schwere zu lassen, bis das Gesetz für Schließen verabschiedet sei. Die unter Ausschluß Ermächtigung gegebene Zusage der Regierung bietet den Schließern genügende Sicherheit. Aber die jetzt verlangten Kompensationen könnte die Regierung in eine Erörterung nicht einleiten.

Abg. Dr. Voth beantragt, nach dieser Erklärung alle Anträge, die von der Regierung als nicht erwidernsfähig bezeichnet werden, von der Verhandlung auszuschließen. Minister v. Miquel lehnte es nicht ab, diese Anträge zu genehmigen oder zurückzuweisen. Abg. Graf Strödel macht auf den Inhalt der politischen Frage aufmerksam und ersucht über sämtliche Kompensationenforderungen zu verhandeln. Abg. Dr. Lieber vertritt die gleiche Ansicht. Der Antrag Voth wurde abgelehnt. Dann trat eine Pause ein.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung behauptete der konservative Abg. von Niepen auf einige Ausführungen des Finanzministers und begründete dann die vom Minister geforderten (Zahn- und Wasserwerke). — Abg. Schmieding sprach die Zustimmung der Nationalen über die den Erklärung des Staatsministers an. Abg. Graf Strödel sprach die Erklärung des Staatsministers über die Erklärung der Nationalen. Die wirtschaftliche Frage auseinander und die ganze Angelegenheit auf einer politischen Grundlage wurde. Wunderbar ist auch, daß die Senkung der Vorlage noch nicht an das Haus gelangt ist. Der außerordentliche Gehalt der Exzele erwiderte ausführliche Rede und ausführliche Rede der schließlichen Abgeordneten auf die Seite der Regierung treten und den Staat bewahren, sollten, müßten die gestellten Kompensationen Schritt für Schritt, wenn auch noch länger, geprüft werden. Die Lebenshaltung einzelner Minister an Subkommissionen werde sich nicht angehen lassen. Eine schnelle Erledigung bedürfe eine schnelle Entscheidung. Die Minister des Finanzministeriums Dr. von Miquel betonte, daß er von vollständiger Macht und deren Anwendung nicht mit einer Exzele verfahren habe. — Abg. von Kuffner trat für die vom Minister geforderten Entschlüsse ein. — Minister Döhlen bot dem Gegenüber hervor, daß keine der gestellten Forderungen im Zusammenhang mit der Erklärung des Kanals liege. Die Wünsche seien z. B. der Wunsch, die finanzielle Verbindung zwischen Kompensation und kommen Wünschen vorzunehmen. Dazu würden zweifelhafte Subkommissionen eingesetzt werden müssen. Die Erklärung der Regierung ist allgemein und wird nur auf die Erklärung der Nationalen nicht einwirken. Eine nach längerer Verhandlungsbekannt vertrat sich um 5 Uhr die Kommission bis Dienstag.

Der Gesamtentwurf der Kommissionsverhandlungen läßt sich dahin zusammenfassen, daß ein vollständiger concursus eroditorum erwartet ist, bei dem selbst die unbürokratischen Forderungen angemeldet werden, in der Hoffnung, bei einem etwaigen Accord wenigstens ein paar Prozent der angemeldeten Forderungen herauszufinden. Es ist das Bild einer völligen Regierung der Verwirrung nicht eripieren, daß sie es an der Entscheidung in der Bedeutung des finanziellen Standpunktes vorzuziehen seien lassen, wodurch der agrarische Lebensmittelnatur nur ermuntert wird. Man wird jetzt ernstlich mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß die ganze Kanalvorlage durch Verschleppung über die Session hinaus in alle Fälle gebracht wird. Die Konservativen haben den begründeten Wunsch, über ein einfaches Ja oder Nein hinwegzukommen und das Centrum unterstützt die Verfahrensregeln, indem es jenen politischen Nebenangelegenheiten nachgibt. Der Schatten des Kommunalgesetzes steht immer im Hintergrund. Das es zu etwas wie ein Interesse der Allgemeinheit gibt, tritt kaum noch hervor. Die preussische Staatsregierung den Rest der Demittierungen bis zur Reize zu leeren gelassen ist, muß sich nun bald zeigen.

Parlamentarische.

Über die Gewerbeversicherungsfrage ist der Bericht der Arbeitskommissionen schon veröffentlicht worden. Die Kommission hat einen 1. Teil aufgestellt, wonach von 1. Oktober bis 3. Oktober die Gewerbeversicherungsfrage den schließlichen Beschluß gefaßt sein müssen. Die Annahme erfolgte gegen den heftigen Widerspruch der Regierungsdirektoren. Ein Versuch, für Tatsachen eine Ausnahme zu erreichen, wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt. Seitens der Regierungsdirektoren wurde gegen den allgemeinen ethischen Lebenslauf angeführt, daß man sich zu einer solchen in die Gewerbeversicherung eines ganzen

Berufsstandes nicht einschließen darf, sondern erst entschlossen solle, wenn man der Zustimmung der Arbeitgeber in größerer Umfang sicher sein könne, als es bisher der Fall ist. Für die Verhältnisse auf dem platten Lande, in dem bevölkerten Gebieten, in Gebieten, wo überhaupt der ganze Gehalt des ökonomischen Lebens nicht, und endlich werden auch die Nachteile nicht außer Betracht bleiben können, daß der Mehrzahl der Lebensversicherer keine Handlungsbefugnisse und Lebensversicherer haben um eine gesetzliche Bestimmung, der sie sich wohlwollend nur unwillig fügen würden. Alle Erörterungen sprachen sich, daß man zunächst abwarten, welche Erörterungen man mit dem von der Zustimmung der Mehrheit der bevölkerten Lebensversicherer abhängigen Schicksale der Vorlage machen werde. Die Kommission hat drei Resolutionen angenommen.

1. Die verbotenen Bestimmungen zu erlösen, die Anwendung der Arbeitsvertragsbestimmungen auf die Hausindustrie durch eines entsprechenden Verordnungen oder durch Vorlegung eines entsprechenden Gesetzes mehr als bisher zur Ausführung zu bringen.

2. Die verbotenen Bestimmungen zu erlösen, Erörterungen durch die Kommission für Arbeiterstatistik über die Arbeitszeit der Gefährlichen, Lehrlinge und Arbeiter in Fabriken und solchen kaufmännischen Betrieben, die nicht mit offenen Verkaufsstellen verbunden sind, und für das in den Verordnungen beständige Hilfspersonal auszuwickeln.

3. Die verbotenen Bestimmungen zu erlösen, dem Reichstage schuldhaft bei einer Gelegenheit vorzulegen, welcher bezüglich der Gefährlichen der Reichsanwälte, Notare und Gerichtsbeamten über die Arbeitszeit, die Arbeitsbedingungen, die Gesundheit des berufliche Aus- und Fortbildung die gleichen oder ähnliche Schutzvorschriften vorzulegen, wie sie das Bundesgesetz und die Gewerbeordnung hinsichtlich der Handelsangelegenheiten enthält.

\* Die Vereinbarung über die Karfreitagsvorlage soll nach den vorgeschlagenen Abgeordnetenhaus nachgehabten Vorbedingungen auf folgender Grundlage erfolgen: Die Arbeitzeit des Gesetzes lautet wie in der Regierungsvorlage. Das Gesetz selbst besteht aus einem einzigen §, welcher lautet: Der Karfreitag gilt als ein allgemeines Feiertag. Wenn schließt sich ein zweiter Absatz, dessen Wortlaut dem § 102 des 2. der Kommissionsfassung des Verordnungsabteils entspricht, wonach öffentlich bemerkbar und gewöhnliche Arbeiten nicht allgemein, sondern nur in der Weise des vom Gottesdienst genutzten Gebäuden verboten werden sollen.

Es besteht die Hoffnung, daß auch die Nationalen sich dieser Vereinbarung anschließen werden.

\* Berlin, 23. Juni. Die Kommission des Abgeordnetenhauses für die Angelegenheiten des Bürgerlichen Gesetzbuchs beriet heute über die Gehörordnung für Rechtsanwälte und Gerichtsbeamte. Bezüglich der Gehörordnung der Rechtsanwälte wurde in Artikel 1 auf Antrag des Abg. Kroll-Königsberg der allgemeine Satz beschlossen:

„In denselben Fällen, in welchen der Rechtsanwalt eine Tätigkeit wahrnimmt, die auch anderen Berufen übertragen werden kann, finden die Vorschriften nur dann Anwendung, wenn für eine solche Tätigkeit nicht allgemeine Anordnungen bestehen, die sich für die Rechtsanwälte maßgebend erweisen.“ In Artikel 3, der die vollen Gebühren der Rechtsanwälte festsetzt, wurde gegen den Entwurf eine mögliche Erhöhung gegen den bisherigen Zustand, bei dem höheren Wertklassen eine beträchtliche Ermäßigung der Gebühren beschlossen. In Artikel 8 Absatz 2 wurden die Gebühren der Rechtsanwälte mit denen der Rechtsanwälte gleichgestellt für Anwälte, für die durch andere Behörden zu erheben haben. In Artikel 10 wurde die Gebühr für Wohnräume eines Termins, die bisher Dreizehntel der vollen Gebühr betrug, in Entwurf aber auf Zweizehntel festgesetzt, für einen Termin auf den bisherigen Satz von Dreizehntel erhöht. Bezüglich der Gebühren der Rechtsanwälte in Artikel 12 wird der Gehalt des Anwaltstages in einer Angelegenheit nach Artikel 8 bis 11 zu erhebenden Gebühren in einer Prüfung auf die volle Gebühr festgesetzt. Die Kommission legt für die Wahrnehmung von Terminen noch eine weitere volle Gebühr zu. Die übrigen Artikel des Entwurfs blieben unverändert.

\* Berlin, 23. Juni. Die Gemeinsame Kommission des Abgeordnetenhauses beantwortete die Überweisung einer Resolution des Reichstages, in dem die Regierung als Material für die dringend notwendigen Beschäftigung der Anstellungen und Altersverordnungen der Arbeiter der Bedarmen. In der Kommission befandete der Vertreter des Nationalenministeriums das lebhafteste Interesse des Ministers für die Altersversorgung der Arbeiter. Das Verordnungsamt wird sich bei der Verwaltungsbereitschaft nicht aufhalten werden können, und bei dem Minister außer hand, zugunsten einer Altersversorgung der Arbeiterbestimmungen herbeizuführen, wo nicht bestehende Maßnahmen, wie z. B. in der Verordnung von 1891, die gesetzliche Bindung bieten. Die Altersversorgung nach der Reichsregierung ist für die Arbeiterbestimmungen, die nicht einheitlich würde es anzusehen, an einzelnen Orten die Gründung besonderer Anstalten für den Alter oder größeren kommunalen Verband mit einer eventuellen Beihilfe, ist es leitend dieser Verhältnisse oder auch des Staates. Es gäbe neben den Arbeiterbestimmungen eine große Zahl von freiwillig gegründeten Vereinen, durch welche die Lösung der Frage um die angestrebte einheitliche Gestaltung unter Umständen erschwert wird.

\* Berlin, 23. Juni. Die Kommission des Abgeordnetenhauses für die deutsche Gerichtsorganisation nahm gegen den § 1 der Vorlage mit einer Erweiterung dahin auf, daß die Errichtung eines Amtsgerichts in Pansow vorgeschrieben wird.

\* Für Müllhausen-Rangensatz auf der früherer Minister v. Bismarck die ihm angelegene Landtagskommission abgelehnt, weil er sich schon gebunden habe durch die Zusage, für den konservativen Kandidaten Gustav Meier zu stimmen.

Parteiliche.

Der extreme Flügel der konservativen Partei giebt sich den Anzeichen, als ob er keine größere Sehnsucht hätte, als möglichst bald eine Kräfteprobe der Unabhängigkeit zu machen. Zu diesem Zweck muß die „Kreuzzeitung“ in Schwerdt erlösen:

„Wird als demokratisches steht und fällt die konservativen Partei, sondern als eine der von Schicksal nach rechts und links, von oben und unten wachsende Partei.“

Um die Selbständigkeit nach oben zu dokumentieren, läßt man in dem offiziellen Parteiprogramm, der konservativen Parteiprogramm, den schließlichen Überpräsidenten nicht Gabriel rufen, weil er sich international, in schließlicher Vertretung der Regierungspolitik nicht in Position für den Klein-Liberalismus zu machen. Gabriel wäre erdings die zweite Person, die nicht dokumentiert. Wo bleibt aber die Unabhängigkeit nach unten? Dieser hat noch nicht ein einziges konservatives Organ den Mund geöffnet, der bei seiner Zeitung des Bundes der Landwirte und dem an ihrer Spitze stehenden Abgeordneten Freireiter v. Bangerter verständig zu machen, wie glücklich sich das konservative Parteiprogramm nach rechts und links nach oben überwindet in einer der verfassungswidrigen Weise, konservative Abgeordnete mit der Drohung, ihnen eventuell das Mandat zu

entziehen, offen genötigt werden, ihrer Lebenszeugung Gehmeit anzuhängen und so zu stimmen, wie es dem Bunde gut dünkt.

Politik.

\* Zu der Frage der Schließung eines deutsch-österreichischen Handelsvertrages bringt der „Adapher“ eine augenscheinlich von unrichtiger Seite kommende Darstellung, wonach die österreichisch-ungarische Regierung gar nicht daran denke, mit der Frage herzutreten, als sie einen Handelsvertrag auf vier Jahre abzuschließen geneigt sein werde. Die Schließung sei die, daß es bis 1903 entweder Österreich eingeleitet werde, das Parlament autorisiert zu machen und den Ausgleich parlamentarisch durchzuführen oder nicht. Wenn es gelänge, dann leiste alles in einem normalen Zustand ein und es falle die Notwendigkeit weg, mit Deutschland einen fünfjährigen Vertrag abzuschließen. Gelingt es Österreich aber nicht, normale Verhältnisse herbeizuführen, dann würde natürlich die wirtschaftliche Trennung Ungarns von Österreich eintreten. In diesem Falle würde Deutschland zunächst wohl nicht anders thun können, als provisorische Verträge mit Österreich abzuschließen und abwarten, bis die neue Lage eine gefestigte Grundlage zur Abschließung dauernder Verträge darbiete.

\* Seit längerer Zeit haben Erörterungen über Maßnahmen zur Verringerung der namentlich von kleineren und mittleren Wäldern erbobenen Steuern über die Bemessung der zuzuführenden Beiträge für die Wälder stattgefunden. Auch die preussische Regierung hat sich diesen Erörterungen unterzogen. Wie wir hören, hat das Exzele die Vorarbeiten zur Stellung eines Antrages geführt, der letztes Verfassens dem Reichstag zur Beratung eingebracht werden wird. Es dürfte sich dabei in der Hauptsache um ein anderweitiges Verfahren bei der Festsetzung des Rechenbetrags und der Folgezeitung unter besonderer Berücksichtigung der berechtigten Interessen der kleineren und mittleren Wäldereigentümer handeln. Da die Angelegenheit durch die verschiedenen Beratungen, auch in Gemeinschaft mit den verschiedenen Staaten, so ist anzunehmen, daß sie im Laufe der nächsten Monate eine baldige Erledigung finden wird, so daß die Anträge voranschrittlich schon in einer neuen Zeit in Kraft treten würden.

Samoaangelegenheiten.

\* Zu der Samoafrage meldet man heute, daß der deutsche Botschafter in Washington, Dr. v. Holleben, am Donnerstag im amerikanischen Staatsdepartement vorsprach. Er wird sich Mitte Juli auf Urlaub nach Berlin begeben. Man schließt in Washington hieraus auf einen befriedigenden Stand der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Weiter meldet die londoner „Morning Post“ aus Washington: Staatssekretär Hay drückte seine hohe Befriedigung über das Ergebnis der Arbeiten der Samoa-Kommission aus und erklärte, die Billigung der Handlungsweise von Chambers bilde einen Sieg für die Vereinigten Staaten. Die geplante künftige Regierung für die Inseln biete eine gerechte Lösung aller Schwierigkeiten. Endlich meldet man dem „Reiterischen Bureau“ aus Wellington, daß Major M. C. Horder am Eingekommenen Bericht auf Neu-Seeland, um stellvertretend britischen Konsul auf Samoa ernannt worden ist.

\* Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bespricht die Nachricht, daß Deutschland die Vorkriegsstellung anstrebt, als falls und schreibt dann weiter: Wir haben bereits vor kurzem festgestellt, daß die von dem Deutschen Seefischereiverband verlangte Exzele lediglich zu fiskalischen Zwecken nach seiner Ansicht abgelehnt ist; findet sie aber in dem Zwecke gelegen, so wird es für notwendig sein, auf dem besten Wege zu sein, um die zweifelhafte Scheinwesen Anlagen herzustellen und in Betrieb zu nehmen. Einen Auftrag oder eine Ermächtigung, im Namen des Reichs an der Vorkriegsstellung die deutsche Flagge zu hissen, hat weder jene Exzele, noch sonst jemand ertheilt, auch nicht Kerner, mit dessen Unternehmen die deutsche Regierung nichts zu thun hat.

\* Nach der londoner „Daily Mail“ würde infolge neuerlicher französischer Einfälle die deutsche Regierung demnach Frankreich einen Vorstoß für die Neuregelung der Kamerun-grenze machen.

Soziale Angelegenheiten.

\* Die Vorarbeiten zur Durchführung der Organisation des Handwerks als Grund der Wälder des österreichischen Reiches sind in der Kommission der Nationalen, die sich mit der Ausführung der Bestimmungen dazu sind jetzt endlich in weit gehender, daß die Bildung der Zimmern nahezu abgeschlossen ist, so daß also auch die Bildung der Stellenanstellungen wird in Angriff genommen werden können. Die Stellen für die Handwerkskammern dürften etwa gegen Ende des Jahres zur Ausarbeitung kommen, worauf dann sofort die Konstituierung der Kammern erfolgen wird.

Schule und Kirche.

\* Es sind nicht unerhebliche Überlieferungen daran erwachsen, daß zu den Prüfungen für das Amt einer Lehrerin oder Schuloberlehrerin die Bewerberinnen mehrheitlich in einer anderen Provinz, als in der sie ihren Wohnsitz hatten, gehen haben und dann auch zu dem Examen angefahren werden sind. Anzulehnen hat der Reichsanwalt, daß die genannten Prüfungen künftig grundsätzlich in derjenigen Provinz abgehalten sind, in der die Bewerberinnen ihren Wohnsitz haben, und daß Ausnahme gemacht werden, die in jedem einzelnen Falle durch besondere Verhältnisse begründet werden müssen, nur nach erfolgtem Einverständnis des für den Wohnort der Bewerberin zuständigen Provinzial-Schulkollegiums gestattet werden dürfen. Für den Fall, daß eine Bewerberin die Lehrerin- oder Schuloberlehrerin-Würdung nicht bekommen hat, ist in Zukunft eine Wiederholung der Prüfung vor Ablauf von 6 Monaten nicht gestattet.

Anstand.

Von der Friedenskonferenz.

Die erste Kommission der Friedenskonferenz hielt gestern eine Vollversammlung ab, in der der Bericht des österreichischen Delegierten Grafen Solt über seine Prüfung unterzogen wurde. Die Vorsitzende, ein Verbot der Verwendung von Kriegsschiffen, Torpedobooten und Lande- und Seebojen sowie von Schiffen mit Sprengmitteln auszusprechen, konnten keine Zustimmung erlangen. Daraufhin wurde die Kommission zum ersten Punkte des Tagesordnungs des Grafen Solt über, betreffend die Frage eines internationalen Abkommens über die Abschaffung der Effektivität der Land- und See-Gräber innerhalb einer bestimmten Zeit. Daraus liegen Anträge der zwischen Berichterstatter Zinski und Regimentskapitän Scheine vor. Die Kommission vertrat sich am Montag.

Deutscher-Hann.

Der große Aufbruch der deutschen Arbeiterbewegung, zu dem auch die Arbeiterbewegung einbezogen wurde, und dem ein Weltweit-Abkommens unter freiem Himmel im Winter liegen sollte, ist von der Polizei verboten worden. Statt dessen finden am Sonntag im Winter zwei große Versammlungen statt.



In dem neugetheilten Gemeinvertrage von Lemberg...

In ungarischen Abgeordnetenhause erklärte sich...

Dänemark.

Am im Jahre 1898 gewählter gemeinerer Ausschuss zur...

Belgien.

In der Kammer kam es gestern anlässlich der Festlegung...

Frankreich.

Infolge des Eintritts des Generals Gallifet in das...

Auf der pariser Polizeipräsidenten wird erklärt, der Polizeipräsident...

Großbritannien und Irland.

Im Unterhaus richtete Lord Salisbury gestern an die Regierung...

Italien.

Die Agenzia Stefani veröffentlicht den Wortlaut eines vom...

Nach Artikel 1 kann die Polizei aus Gründen der öffentlichen...

Anstände betrafen, werden sie mit Haft bis zu 3 Monaten...

Die Deputiertenkammer genehmigte am 4. März d. J. mit...

Spanien.

In verschiedenen Städten wurden 25 große Meetings in...

Nordamerika.

Eine am Donnerstag in Detroit abgehaltene Versammlung...

Der Dampfer 'Revolucion' legte am Donnerstag von San...

Ammer frohler werden die Beauftragten der Amerikaner...

Verkehrshandlungen.

Vannschweig, 23. Juni. (Tobitshlag.) Das Schwerk...

Provinzialnachrichten.

Wannschweig, 23. Juni. (Stadtverordneten) bewilligten...

Wannschweig, 23. Juni. (Für Generalbefragung) der...

(Auszeichnungen.)

Wannschweig, 23. Juni. (Vortragsabend) Das von dem...

Wannschweig, 23. Juni. (Vortragsabend) Das von dem...

Wannschweig, 23. Juni. (Vortragsabend) Das von dem...

Wannschweig, 23. Juni. (Vortragsabend) Das von dem...

Überam von hinten her. Durch einen unglücklichen Zufall...

Wannschweig, 23. Juni. (Der Trauerbericht.) Gottes...

Wannschweig, 23. Juni. (Johannistag.) — Gedenkt...

Wannschweig, 23. Juni. (Johannistag.) — Gedenkt...

Vermischtes.

Unfallfälle und Verbrechen. Wegen 8 Mark rück...

Unfallfälle und Verbrechen. Wegen 8 Mark rück...

Unfallfälle und Verbrechen. Wegen 8 Mark rück...

Unfallfälle und Verbrechen. Wegen 8 Mark rück...

Unfallfälle und Verbrechen. Wegen 8 Mark rück...

Unfallfälle und Verbrechen. Wegen 8 Mark rück...

Unfallfälle und Verbrechen. Wegen 8 Mark rück...

Table with 2 columns: Station name and time. Includes 'Wannschweig, 23. Juni' and 'Wannschweig, 24. Juni'.

